A1

Antrag

Initiator*innen: Gregor Laukert (OG Altmark)

Titel: **Auflösung der GRÜNE JUGEND Altmark und Gründung der GRÜNE JUGEND Stendal**

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND Altmark wird als Ortsgruppe aufgelöst. Die Mitgliederversammlung erkennt die GRÜNE JUGEND Stendal (kurz GJ Stendal) als eine Ortsgruppe der GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt an. Diese umfasst das Gebiet des Landkreises Stendal.

Begründung

erfolgt mündlich

A2

Antrag

Initiator*innen: Annika Bachmann

Titel: **Menschenrechte Jordanien**

Antragstext

Wir, die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt, verurteilen die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Jordanien und solidarisieren uns mit den friedlichen Aktivist*innen, die sich vor Ort und in Deutschland für Demokratie und eine aktive Zivilgesellschaft einsetzen.

Um den Ansprüchen einer an den Menschenrechten orientierten Außenpolitik gerecht zu werden und als eine Maßnahme um der weiteren Verschärfung des Nahost-Konflikts entgegenzuwirken, fordern wir deutsche Politiker*innen auf, sich stärker für die Menschenrechte in Jordanien und die Anliegen derer, die sie verteidigen einzusetzen.

Im Hinblick auf Deutschlands Rolle als enger Kooperationspartner von Jordanien in der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit gehören dazu die folgenden konkreten Maßnahmen:

1. Überprüfung des Einsatzes finanzieller Hilfen für Jordanien bezüglich ihrer Vereinbarung mit den Zielen des Menschenrechtsschutzes sowie der Korruptionsbekämpfung.

2. Klare Haltung zu den Menschenrechtsverletzungen von Seiten des jordanischen Regimes zeigen und diese in der öffentlichen Kommunikation verurteilen.

3. Die stärkere Einbindung jordanischer Menschenrechtsaktivist*innen auf Bundesebene bei Gesprächen mit thematischem Bezug zu Jordanien.

4. Jordanischen Regierungsvertreter*innen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind auf Veranstaltungen in Deutschland keine Bühne mehr geben.

5. Die Erleichterung der Visumsvergabe für jordanische Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Aktivist*innen.

6. Die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Menschenrechtsverletzungen in der Deutschen Botschaft Amman.

7. Der Stop von Waffenlieferungen nach Jordanien.

Diese Forderungen richten sich insbesondere an den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Luise Amtsberg (Beauftrage der Bunderegierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt) sowie grüne Bundestagsmitglieder der Ausschüsse „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“, „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ und „Auswärtiges“.

Begründung

Als (inhaltlich) parteiunabhängige Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/Die Grünen sehen wir es als unsere Aufgabe, politische Entscheidungen und Verhalten grüner Parteivertreter*innen kritisch zu hinterfragen. Durch die aktuellen Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/Die Grünen und deren Verantwortlichkeit über das Auswärtige Amts, sollten wir auch das Politikfeld Außenpolitik und Internationales stärker in den Fokus nehmen.

BÜNDNIS 90/Die Grünen verfolgt das außenpolitische Ziel, Menschenrechte zu schützen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen.[1] Das ist auch die offizielle Position des Auswärtigen Amts unter grüner Verantwortung.[2]

Im Nahen Osten gilt Jordanien als wichtiger Kooperationspartner Deutschlands. Die bilateralen Beziehungen beziehen sich insbesondere auf die Sicherheits- und Flüchtlingspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland ist seit einigen Jahren der zweitgrößte internationale Geldgeber Jordaniens und das Königreich eines der Hauptempfänger deutscher Entwicklungshilfegelder.[3] Daran änderte sich grundlegend auch unter der Ampel-Koalition nichts. Im Jahr 2021 erhielt Jordanien 430 Mio. € und erst Anfang Oktober wurden in deutsch-jordanischen Regierungsverhandlungen erneut Summen in der Höhe von 418 Mio.€ genehmigt.[4]

Jordanien gilt als nicht-freies, autoritäres Regime[5]. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, wie *Human Rights Watch* und *CIVICUS,* berichten verstärkt von einer alarmierenden Entwicklung der Menschenrechtssituation. Mithilfe fragwürdiger Gesetze schränken Behörden Grundrechte, wie die Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, ein. Unter Vorwürfen der Majestätsbeleidigung,

Volkesverhetzung und Spionage werden Personen, die eine von der politischen Elite abweichende Meinung vertreten sowie deren Familien verfolgt und inhaftiert. Es treten wieder vermehrt Fälle von Folter auf - erst im September 2022 starb ein Aktivist unter Folter in einem jordanischen Gefängnis.[6]

Das geschieht trotz den vom jordanischen König Abdullah II. bin al-Hussein angekündigten „demokratischen Reformen“, die von der deutschen Regierung hoch gelobt werden. Expert*innen sehen diese lediglich als Versuch, die tatsächliche Menschenrechtslage zu vertuschen und die politische Macht weiter in den Händen des Königs zu zentrieren.[7]

Menschenrechtsorganisationen fordern daher die internationalen Partner*innen und Geldgeber*innen Jordaniens - zu dessen wichtigsten Deutschland gehört - daher auf, öffentlich und ausdrücklich alle Verstöße gegen die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu verurteilen und sicherstellen, dass die Achtung dieser Freiheiten eine Voraussetzung für alle bestehenden Programme ist.[8]

Öffentliche Statements der Bundesregierung beschränken sich jedoch lediglich auf wertschätzende Worte zu Jordaniens „konstruktiver Rolle“ im Nahostkonflikt und Solidaritätsbekundungen aufgrund dessen „Engagement“ bei der Aufnahme Geflüchteter. [9] Auch wenn das durchaus wichtige Punkte sind, dürfen die Fehler der Großen Koalition nicht wiederholt werden, indem eine unkritische Haltung gegenüber autoritären Regimen eingenommen wird, solange das den eigenen politischen Interessen dient. Menschenrechte müssen sofort in den Mittelpunkt deutscher Politik gerückt werden!

Um dem eigenen Anspruch einer an den Menschenrechten ausgerichteten Außenpolitik gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung in Bereichen deutsch-jordanischer Kooperation gegen die weitere Autokratisierung des Landes handeln. Damit ist keine hegemoielle innenpolitische Intervention gemeint, sonder die tatsächliche aktive Unterstützung der Zivilgesellschaft und eine kritische (öffentliche) Haltung gegenüber des jordanischen Regimes. Konkrete Handlungsmöglichkeiten gibt es viele - wir haben einige in unseren Forderungen zusammengefasst.

[1]https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrechte

[2]https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/menschenrechte/01-menschenrechte-fundament

[3]https://www.bmz.de/de/laender/jordanien

[4]https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088

[5] Vgl. Freedom House Index oder Democracy Index

[6] Vgl. https://monitor.civicus.org/country/jordan/; https://www.hrw.org/news/2022/09/18/jordan-government-crushes-civic-space

[7] Vgl. ebd.

[8] Ebd.

[9]https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088; https://www.bmz.de/de/laender/jordanien; https://www.zeit.de/news/2022-02/11/baerbock-besucht-fluechtlingssiedlung-in-jordanien

A3NEU

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 05.11.2022)

Titel: **Update Ausbildung - Gleichwertig, Gerecht, Zeitgemäß**

Antragstext

Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt fordern wir eine gleichwertige, gerechte und zeitgemäße Ausbildung. Das beinhaltet konkret:

1. Die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie.

Es muss gesetzlich verankert werden, dass jeder junge Mensch das Recht auf einen Ausbildungsplatz hat. Dies bedeutet u.a., dass Hürden wie die Feststellung der sogenannten Ausbildungsreife bei potenziellen Bewerber*innen durch Bundesagentur für Arbeit abgeschafft werden. Damit die Ausbildungsplatzgarantie praktisch ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze schafft, muss sie mit einer Umlagefinanzierung verbunden werden.

Alle Betriebe müssen hierzu in einen Zukunftsfonds einzahlen. Die Mittel aus dem Fonds werden für drei Säulen der Ausbildungsplatzschaffung genutzt. Einerseits erhalten ausbildende Betriebe als Anreiz Mittel aus dem Fonds zurück. Des Weiteren werden die Mittel genutzt, um das Netz und die Qualität überbetrieblicher Ausbildungszentren zu verbessern. Außerdem werden die Mittel aus dem Fonds genutzt, um außerbetriebliche Ausbildungen dort zu ermöglichen, wo trotz aller Bemühungen keine betrieblichen Ausbildungsplätze geschaffen werden konnten.

2. Die garantierte Übernahme nach der Ausbildung.

Auszubildende verdienen eine klare Perspektive für die Zukunft nach der

Ausbildung. Deshalb muss auch die unbefristete Übernahme in den Betrieb, in dem die Ausbildung abgeschlossen wurde, garantiert werden – ohne Wenn und Aber.

Um mit gutem Vorbild voranzugehen, muss das Land Sachsen-Anhalt eine solche Regelung für alle Auszubildenden im öffentlichen Dienst schaffen. Zudem muss die Vergabe öffentlicher Aufträge daran gekoppelt sein, dass die entsprechenden Unternehmen unbefristete Übernahmeregeln für ihre Auszubildenden entweder im Tarifvertrag oder ggf. per Betriebsvereinbarung gewährleisten.

3. Die Schaffung einer Gleichwertigkeit von Studium und Ausbildung.

Studium und Ausbildung sind zwei unterschiedliche und doch gleichwertige Lebenswege. Das muss auch außerhalb politischer Reden Realität werden und so z.B. auch in Berufsorientierungsformaten an Schulen klar rüberkommen und sich in echter Wertschätzung für Ausbildungsberufe niederschlagen.

Erasmus ist für viele Studierenden fest im Studium verankert. Doch auch Azubis haben ein Recht darauf. Die Landesregierung soll Hürden für Azubis und Betriebe abbauen und Informationsangebote abbauen.

4. Die ökonomische Situation von jungen Menschen in Ausbildung zu verbessern.

Auch Menschen in Ausbildung steht ein Leben in Würde und mit finanzieller Sicherheit zu. Gerade in Zeiten von Preisexplosion und unstemmbaren Heizkosten.

Für viele schulische Ausbildungen wird teilweise gar keine Vergütung bezahlt oder es muss sogar noch Schulgeld entrichtet werden. In Sachsen-Anhalt muss darum eine grundsätzliche Schulgeldfreiheit für alle Ausbildungsarten festgelegt werden. Stattdessen braucht es BAföG-Anspruch für alle in der schulischen Ausbildung. Die Mindestausbildungsvergütung muss an das BAföG angepasst werden. Selbstverständlich muss die Höhe des BAföGs grundsätzlich existenzsichernd sein. Das beinhaltet neben einer deutlichen Erhöhung und einer Unabhängigkeit vom Elternhaus auch einen akuten Inflationsausgleich.

Es muss sichergestellt werden, dass alle Auszubildenden, egal welcher Ausbildungsordnung sie unterliegen, eine Vergütung gezahlt wird, die die Höhe der Mindestauszubildendenvergütung nicht unterschreitet. Ausbildungsvergütungen müssen tariflich gebunden sein.

Das erfolgreiche Pilotprojekt der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) im

Erziehungswesen muss verstetigt und ausgeweitet werden, statt es auslaufen zu lassen. Das PIA-Modell ist stattdessen auch auf andere bisher rein schulischen Ausbildungsgängen wie z.B. Ergo- oder Physiotherapie auszuweiten.

In der Umsetzung dieser Forderungen muss das Land Sachsen-Anhalt als ersten Schritt seiner besonderen Verantwortung nachkommen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge neben der Übernahmegarantie und der Ausbildungstätigkeit des Betriebs auch tarifliche Ausbildungsvergütung fordern.

5. Die Erreichbarkeit der Ausbildungsstätten zu verbessern.

Anfahrtswege zur Berufsschule müssen für Auszubildende kostenneutral und zeitsparend sein. Ein kostenloses Azubiticket in Verbindung mit einem eng getakteten ÖPNV schont das meiste knappe Budget der Auszubildenden und sorgt für wirklich erholsame Freizeit statt langer Pendelei.

Wo eine Wohnheimunterbringung aufgrund zu langer Wege zur Berufsschule nötig ist, muss ein kostenloser Wohnheimplatz für alle Berufsschüler*innen zur Verfügung gestellt.

6. Diskriminierung in der Ausbildung konsequent zu bekämpfen.

Leider gibt es Ausbildungsbetriebe, die kein sicherer Lernort für FLINTA*s (Frauen, inter, nicht-binär, trans, agender), queere Menschen, behinderte Menschen, BIPoC (Schwarz, Indigene, People of Color: Selbstbezeichnung für von Rassismus betroffenen Personen) und anderen diskriminierte Gruppen sind. Deshalb fordern wir mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene, Vernetzungsangebote sowie Fortbildungs- bzw. Sensibilisierungsangebote in den Betrieben.

Die Förderung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Gründung von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist hier zusätzliches Instrument, um Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Versuche, die Arbeit von Betriebsräten oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu behindern, sind konsequent zu sanktionieren.

Begründung

Das Interesse junger Menschen, v.a. an der dualen Berufsausbildung geht in Sachsen-Anhalt kontinuierlich zurück. So sank die Zahl bei der Bundesagentur für Arbeit registrierter Bewerber*innen von 2019 bis 2022 um über 15 % (vgl. 2019: 10.936; 2022: 9.258). Der oft beklagte Fachkräftemangel lässt sich weder durch

teure Imagekampagnen noch durch ein Beschimpfen der Jugend lösen. Die Berufsausbildung muss darum für junge Menschen attraktiver werden.

In Sachsen-Anhalt gab es zum Stichtag des. 30.09. 2022 1.327 unbesetzte Ausbildungsstellen und letztendlich weniger Bewerber*innen als bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen. Was oberflächlich betrachtet nach paradiesischen Zuständen für Ausbildungsinteressierte klingt, ist bei genauerer Betrachtung eine Anklage gegen die derzeitige Situation für junge Menschen. Trotz des vermeintlichen Ausbildungsplatzangebots sind von den bei 9.258 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber*innen nur 5.242 in die duale Ausbildung eingemündet. Die restlichen stecken in Übergangsmaßnahmen, haben sich für andere Bildungsgänge entschieden, gehen ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt oder stecken in der Arbeitslosigkeit. Die von der Bundesagentur für Arbeit für „nicht ausbildungsreif“ befundenen Jugendlichen tauchen in dieser Statistik erst gar nicht auf. Die Betriebe wünsche sich häufig bereits vor der Ausbildung gut qualifizierte Menschen, um möglichst wenig Aufwand mit der Ausbildungstätigkeit zu haben. Hier liegt ein Problem, warum junge ausbildungsinteressierte Menschen trotz des Angebotes auf dem Markt keine Ausbildungsplatz erhalten.

Zudem kaschiert der Überhang an unbesetzten Ausbildungsplätzen sogenannte „Matching-Probleme“. Nicht jeder Ausbildungsort – Betrieb, wie Berufsschule - ist für junge Menschen überhaupt in einem mit einem vertretbaren Aufwand zu erreichen. Eine Verbesserung des ÖPNV und kostenloser Nahverkehr für Azubis können hier Abhilfe schaffen.

Zudem entsprechen viele der angebotenen Stellen nicht der Interessenlage der Bewerber*innen. Wer gerne Tierpfler*in werden möchte, wird sich höchstwahrscheinlich nicht für eine Ausbildung als Fleischereifachverkäufer*in begeistern können. Junge Menschen brauchen Auswahlmöglichkeiten und Angebote, die ihren Neigungen entsprechende. Die Ausbildungsumlage kann mehr Betriebe motivieren, neue und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und damit auch das Angebot für junge Menschen zu vergrößern.

Dazu kommt, dass viele gemeldete Ausbildungsstellen zu recht von jungen Menschen als unattraktiv bis inakzeptabel angesehen werden. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung lag in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 bei 737 € brutto. Auch vor der hohen Inflation war dies eine Summe, von der junge Menschen nicht ansatzweise ein eigenes Leben finanzieren konnten, sondern auf Unterstützung durch die Eltern oder staatliche Ausbildungsbeihilfe angewiesen waren.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten, regelmäßige Überstunden (28%), keine Übernahmeinformationen zum Ende der Ausbildung (34%), sowie Unzufriedenheit mit der Ausbildung im Allgemeinen (28 %) bilden ab, dass sich die Ausbildungssituation für junge Menschen verbessern muss. Dass viele Betriebe weniger an einer guten Ausbildung für ihre Azubis interessiert sind, sondern vielmehr an billigen und vermeintlich rechtlosen Arbeitskräften spricht sich logischerweise herum.

Die Tatsache, dass bei vielen schulischen Ausbildungen z.T. Schulgeld bezahlt werden muss, unentgeltliche Prakika absolviert werden müssen und überhaupt keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, sorgt auch hier für die Unattraktivität der Berufsfelder.

Der oft beklagte Fachkräftemangel ist folglich hausgemacht und von vielen Unternehmen und durch mangelhafte Ausbildungsordnungen selbst verschuldet. Mit den im Antrag vorgeschlafenen Instrumenten lässt sich der Fachkräftemangel bekämpfen und jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Wir möchten der DBG-Jugend Sachsen-Anhalt ausdrücklich für die umfangreiche Unterstützung in der Ausarbeitung dieses Antrags danken. Bitte stimmt diesem Antrag zu - damit solidarisieren wir uns auch explizit mit den Forderungen von Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden.

A4NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Antirassistische Strategien für die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt**

Antragstext

Obwohl offener Rassismus immer seltener wird, sind institutionalisierter Rassismus z.B. durch Polizeigewalt oder Diskriminierung bei Behördengängen und Alltagsrassismus noch immer weit verbreitet. Das zeigt sich beispielsweise durch fremdenfeindliche Reaktionen auf Geflüchtete, Anfeindungen gegen asiatisch gelesene Menschen zu Beginn der Corona-Pandemie und auch in der Ausbeutung von Arbeitskräften aus Osteuropa. In Ostdeutschland ist die Gefahr für migrantisierte Menschen Opfer rassistischer Anfeindungen zu werden noch höher. Sachsen-Anhalt verzeichnete im Jahr 2020 sogar die zweitmeisten rechten, rassistischen und antisemitischen Straftaten in ganz Deutschland. Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt setzen wir uns für eine antirassistische Gesellschaft ein. Dazu zählt auch die Strukturen unseres Verbands kritisch zu hinterfragen und Strategien zu entwickeln, um migrantisierte Menschen besser ansprechen, einbinden und fördern zu können. Obwohl migrantisierte Menschen historisch immer an politischen Kämpfen beteiligt waren, sind sie aufgrund einer Vielzahl sozio-ökonomischer Gründe in der Politik unterrepräsentiert. Um dagegen zu wirken, braucht es eine Strategie die ebenübergreifend und vom gesamten Landesverband getragen wird. Die Strategie orientiert sich dabei stark an den qualitativen und quantitativen Evaluationen des Bundesverbandes sowie den Analysen und erprobten Maßnahmen des Arbeitsbereichs antirassistische Strategien und des Bundesvorstands.

1. Solidarischer Antirassismus

Um rassistische Strukturen abbauen zu können, ist das Bewusstsein darüber, dass es sie gibt und wie sie sich gesellschaftlich äußern und wirken extrem wichtig.

Deshalb ist antirassistische Bildungsarbeit ein bedeutender Bestandteil der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt. Allerdings wird diese wichtige Aufgabe ausschließlich oder zu einem sehr großen Teil von migrantisierten Menschen selbst übernommen. So können migrantisierte Menschen ihren eigenen politischen Interessen weniger nachkommen und werden stattdessen durch die eigene Betroffenheit indirekt verantwortlich (gemacht). In Zukunft soll diese Arbeit Querschnittsaufgabe des gesamten Landesvorstands sein. Gerade die organisatorische Arbeit soll dabei von nicht-migrantisierten Personen getragen werden. Migrantisierte Mitglieder sollen von dieser Aufgabe nicht ausgeschlossen werden. Ihre persönliche Betroffenheit soll sie aber nicht zwangsläufig zu Repräsentant*innen für migrantisierte Menschen und Referent*innen für Rassismus machen. Durch regelmäßige Evaluation der Bildungsarbeit hat der gesamte Vorstand außerdem einen Überblick über die bisher ergriffenen Maßnahmen und kann gemeinsam Projekte erarbeiten und Ziele setzen.

2. Offene Verbandskultur

Zwischen "OG", "LMV" und "BuKo" ist es als neues Mitglied oft nicht leicht, sich im Verband zu orientieren. Der Abbau von Abkürzungen, sozialen Codes und Fachbegriffen ist also essentiell um als Verband offen und zugänglich zu sein, egal was für einen sozialen Hintergrund neue Mitglieder oder Interessierte haben. Auch dürfen wir nicht voraussetzen, dass jede*r sich perfekt mit bspw. genderinklusiver Sprache auskennt. Anstatt Menschen aufgrund „falscher Sprache“ auszuschließen, stellt die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt einen sicheren Ort des gemeinsamen Lernens dar.

3. Förderung und Bildungsarbeit unterscheiden

Damit migrantisierte Menschen wirklich politisch ermächtigt werden und ihre eigenen politischen Themen angehen können, ist es wichtig, sie von der Aufgabe als „Rassismusexpert*in“ zu entlasten. Dazu zählt auch die Trennung von Förderangeboten und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rassismus. Antirassistische Bildungsarbeit soll in Zukunft besonders von nicht-migrantisierten Menschen organisiert und an sie gerichtet sein.

4. Fördermaßnahmen ausbauen

Neben einer offenen und antirassistischen Verbandskultur ist die gezielte Förderung migrantisierter Menschen ein weiterer wichtiger Strategiepunkt. Migrantisierte Menschen sollen auf Verantwortungspositionen vorbereitet werden, Wertschätzung vermittelt bekommen und gezielt in ihren Themen empowert werden. Dies soll dabei nicht nur auf spezifischen Veranstaltungen wie

Vernetzungstreffen passieren, sondern als Querschnittsaufgabe des gesamten Verbands verstanden werden.

5. Gezielte Ansprache und Themensetzung

Zu unseren antirassistischen Strategien zählt auch die Außenwirkung der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt. Wir sprechen migrantisierte Menschen gezielter an indem wir Themen behandeln, die für ihre Lebensrealität relevant sind. So hat die Evaluation des Bundesverbands ergeben, dass vor allem die Themen Arbeit und Soziales migrantisierte Menschen beschäftigen.
Zudem gehen wir gezielt auf migrantische Communities zu, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, die Vernetzung zu stärken und den Zugang zu erleichtern.

6. Banden bilden!

Gerade weil der Landesverband Sachsen-Anhalt ein so homogener und weißer Raum ist, möchten wir die Vernetzung migrantisierter Mitglieder strategisch fördern. Migrantisierte Menschen können so voneinander lernen, ein unterstützendes Netzwerk aufbauen und Vorbilder für neue, jüngere migrantisierte Mitglieder sein. Diese Aufgabe ist vor allem auch Aufgabe der Verantwortungsträger*innen in den Ortsgruppen, weil Mitglieder hier ihre ersten Berührungspunkte in der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt haben.

Da andere Landesverbände, insbesondere in Ostdeutschland, oft vor ähnlichen Aufgaben in der Antirassismus-Arbeit und Förderung migrantisierter Stimmen in unserem Verband stehen, wollen wir gezielt mit diesen zusammenarbeiten. Dafür werden wir direkt auf sie zugehen um gemeinsame Fördermaßnahmen und Weiterbildungsangebote zu organisieren. Gleichzeitig werden wir das Thema Antirassimus in den bereits bestehenden Kooperationen mit den anderen Ostverbänden stärker betonen.

<u>Konkrete Maßnahmen</u>

- Methodenschulungen und Leitfäden für Verantwortungsträger*innen des Landesverbands und der Ortsgruppen (Kreisverbände) der GJ Sachsen-Anhalt

- Erarbeitung eines Förderkonzepts von migrantisierten Menschen auf Ortsebene durch Erproben und Evaluieren verschiedener Fördermaßnahmen

- Gezielte Ansprache migrantisierter Menschen durch inhaltliche Themensetzung und Evaluation der Öffentlichkeitsarbeit

- Vernetzung und Kooperationen mit migrantischen Communities in Sachsen-Anhalt

- Ebenübergreifende Vernetzung migrantisierter Menschen in Kooperation mit anderen Ostverbänden

- Einladen von migrantisierten Referent*innen bei Veranstaltungen, die nicht Rassismus thematisieren

- Antirassistische Bildungsarbeit, die als solidarische Aufgabe des gesamten Verbands verstanden wird wird und sich gezielter an nicht-migrantisierte Mitglieder richtet

Bericht

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 12.11.2022)

Titel: **Rechenschaftsbericht des Landesvorstands (April bis November 2022)**

Antragstext

1. Vorbemerkungen

Der Rechenschaftsbericht legt die Arbeit des Landesvorstandes der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt während der Amtszeit vom 02.04.2022 bis zum 13.11.2022 offen.

Am 02.04.2022 wählte die Landesmitgliederversammlung in Wolmirstedt folgende

Mitglieder in den Landesvorstand der GJ Sachsen-Anhalt:

Sarah Einzel, Halle
Landessprecher*in

Gregor Laukert, Stendal
Landessprecher*

Jochen Matthies, Halle
Politische Geschäftsführung

Jan Vorbrodt, Magdeburg
Schatzmeisterei

Eileen Becker, Halle

Beisitzer*in und Frauen- und genderpolitische*r Sprecher*in

Kai Stein, Braunsbedra
Beisitzer

Lina Schmidt, Wolmirstedt
Beisitzerin

Maarit Franzki, Halle
Beisitzerin

2. Verbandsentwicklung

2.1 Mitglieder

Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt zählt derzeit 221 Mitglieder (Stand 11.11.2022).

2.2 Arbeitsweise des Landesverbandes und -vorstandes

Die Sitzungen des Landesvorstandes fanden i.d.R. wöchentlich und mitgliederoffen statt. Die Protokolle wurden den Mitgliedern zeitnah via Signal und Telegram zugänglich gemacht.

Es fanden zwei Landesvorstandsklausuren in Präsenz statt (Juli, Oktober). Außerdem gab es eine digitale Klausur nach der Frühlings-Landesmitgliederversammlung 2022 im April.

Die Kommunikation außerhalb der Sitzungen verlief über eine Vorstands-interne Gruppe bei Signal. Insbesondere für Umlaufbeschlüsse und kurzfristige Absprachen hat sich die Gruppe als nützlich erwiesen.
Zudem hat der Vorstand für konkrete Aufgaben (z.B. Planung von Mitgliederversammlungen, Neumitgliederbetreuung, Social-Media, Themenkomplex Energie(Preis)krise) Arbeitsgruppen gegründet und via Signal organisiert. Diese Arbeitsgruppen trafen sich regelmäßig unabhängig von Landesvorstandssitzungen. Dank der Erweiterung des Landesvorstands auf 8 Mitglieder hat sich diese Arbeitsweise als besonders effektiv herausgestellt.

Als Hauptkommunikationsweg zu den Mitgliedern existieren Signalgruppen und ein Telegramkanal zur Vernetzung für verschiedene Gruppen und Informationsaustausch. Bei Bedarf wurden weitere temporäre Gruppen zur Koordination aller Teilnehmenden oder Delegierten bei Veranstaltungen erstellt, die sich als nützlich erwiesen

haben. Einladungen zu unseren Veranstaltungen wurden zudem regelmäßig auch über den E-Mail-Verteiler versendet.

2.3 Landesgeschäftsstelle

Wir konnten Luisa Biasotto, unsere Landesgeschäftsführung weiterhin mit 20 Stunden im Monat beschäftigen. Zu Beginn des Jahres wird die Stelle jedoch neu besetzt, die Ausschreibung und das Verfahren wird eine der ersten Aufgaben des neuen Landesvorstands.

2.4 Ortsgruppen

Weiterhin haben wir 5 Ortsgruppen: Altmark, Börde, Halle/Saalekreis, Magdeburg und Salzlandkreis.

Zur Kommunikation mit den Ortsgruppen gibt es eine gemeinsame Signalgruppe mit dem Landesvorstand und den Ortsgruppenvorständen sowie einer Person aus dem Bundesvorstand. Es gab außerdem digitale Austauschrunden mit Gregor und Jochen in den Ortsgruppenvorständen.

2.5 Bildungsarbeit

Die Bildungsarbeit fand 2022 primär an und bei anderen großen Veranstaltungen statt. Zwischen diesen gabs es auch Angebote, die in ihrer Frequenz und ihrem Umfang aber noch ausgebaut werden sollten. In unserer aktuellen Amtsperiode mangelte es dem Landesvorstand dafür an Kapazitäten.

Konkret konnten wir auf unserer Landesmitgliederversammlung im Juni mehrere Workshops anbieten: Solidarische Männlichkeit, How-To-Ortsgruppe, Ostdeutsche Perspektiven und feministische Selbstfürsorge, sowie ein sicherheitspolitischer Brunch in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Außerdem fanden mehrere landesweite digitale Treffen statt, die einen Bildungscharakter hatten. Auch für die jetzige Landesmitgliederversammlung in November wurden Skill-Sharing-Workshops sowie ein Workshop zu Antisemitismus, Rassismus und Arbeit organisiert.

Es wird angestrebt, Bildungsarbeit im kommenden Jahr stärker in den Fokus zu rücken und die Organisation dieser besser zu strukturieren.

3. Veranstaltungen und Projekte

3.1 Landesmitgliederversammlungen

Im vorliegenden Berichtshalbjahr fanden insgesamt 2 Landesmitgliederversammlungen statt.

Am 02.-3. April: Diese fand in Wolmirstedt statt. Dort wurde der Landesvorstand für ein halbes Jahr neu gewählt (Anpassung an den Wahlrhythmus auf Bundesebene) sowie zwei inhaltliche Anträge verabschiedet: Einerseits haben wir uns für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 positioniert sowie Klima als Fluchtursache anerkannt. Wir stimmten ebenso über einen Satzungsänderungsantrag ab, der beschloss, dass der Landesvorstand auf 8 Personen erweitert werden kann (bis zu 4 Beisitzer*innen können gewählt werden).

Am 23.-24. Juli: Diese fand in Halle statt. Fokus lag auf Bildungsarbeit und Socializing in Form eines Sommerfests. Es gab aber auch inhaltliche Punkte in Form eines Antrags zur Abschaffung der 1. Klasse im ÖPNV und eines Berichts aus der Bundespolitik.

Am 12.-13. November: Diese fand in Magdeburg statt. Fokus lag auf der Neuwahl des Landesvorstands sowie inhaltlichen Anträgen zur aktuellen Krisensituation, Verbesserung der Ausbildungen und einer antirassistischen Strategie für den Landesverband.

Es ist festzustellen, dass die Organisation von Mitgliederversammlungen sehr viele Kapazitäten bindet. Dafür denken wir echte Fortschritte in der Professionalisierung der Organisation von Landesmitgliederversammlung erreicht zu haben. Diese müssen ausgebaut und verstetigt werden.

3.2 Energie(preis)krise

Nach der Klausur im Juli startete der Landesvorstand eine Taskforce zum Thema Energie. Passend zum tagesaktuell politischen Thema der Energiekrise, wurden inhaltliche Posts auf Instagram verfasst und verschiedene Veranstaltungen geplant. Dadurch entstand u.a. der Leitantrag, welcher auf der Landesmitgliederversammlung im November diskutiert werden soll.

4. Öffentlichkeitsarbeit

4.1 Pressearbeit

Im letzten Jahr wurde eine Pressemitteilung zum 9-Euro-Ticket verschickt. Wir

erachten Pressemitteilungen nicht als bestes Mittel, um mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Zudem überwiegt im Moment der Aufwand die Nutzen, sodass wir bevorzugen, direkten Kontakt mit Journalist*innen zu pflegen, wobei das ausgebaut werden sollte.

Zusätzlich erreichten uns verschiedene proaktive Presseanfragen, u.a. zu unserer Einschätzung im Vorfeld des Landesparteitags im Juli 2022.

4.2 Social Media

Im letzten Jahr war die GJ Sachsen-Anhalt auf Twitter, Facebook, TikTok und Instagram unterwegs. Dabei wurde Instagram als primärer Ort der Medienarbeit genutzt.
Seit der Landesmitgliederversammlung im April wurde unser Meme-Account besonders aktiv bespielt - was zur Folge hat, dass der Account inzwischen mehr Follower*innen hat als unser Hauptaccount und wir bundesweite Aufmerksamkeit generieren.

Im Verlauf des Jahres fokussierten wir uns, wie bei 3.2 erwähnt, auf die Energiekrise und erstellten bspw. einen Post dazu, wieso die Strompreise eigentlich steigen. Im Zuge dessen solidarisierten wir uns mit dem Bündnis Genug ist Genug und Lützerath.

Grundsätzlich konnten wir die Social-Media Arbeit sehr gut verstetigen und unseren Einfluss auf verschiedenen Plattformen so ausbauen.

Auch unsere Website präsentiert uns nach außen und wurde deshalb im letzten Jahr intensiver gepflegt. Es wurden Artikel zu aktuellen Aktionen erstellt und diverse Seiten auf den neusten Stand gebracht.

5. Vernetzung

5.1 Mitte-Ost-Vernetzung

Die Mitte-Ost-AG ist 2022 in ihr 2. Jahr gestartet. Sie ist weiterhin aktiv und organisiert verschiedenste Veranstaltungen mit Bezug zu Ostdeutschland. Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt war auch im vergangenen Jahr wieder mit einem Basis- und einem Landesvorstandsmitglied dabei. Die Mitte-Ost-AG hat sich zudem eine Geschäftsordnung gegeben und hatte eine digitale, mehrstündige Klausur im Februar. Der diesjährige Höhepunkt der Mitte-Ost-AG-Arbeit war der Mitte-Ost-Kongress, der direkt vor dem Ost-Bildungscamp, in Mecklenburg Vorpommern

stattfand. Die Mitte-Ost-AG hatte diese Großveranstaltung in Kooperation mit dem Bundesverband und dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern geplant und durchgeführt.

Die Mitte-Ost-Vernetzung fand zudem auch durch einen regelmäßigen Austausch zwischen den Ost-Landesvorständen statt. Zudem waren wir regelmäßig mit Grußworten auf Landesmitgliederversammlungen anderer Landesverbände präsent und konnten analog dazu auch Ost-Grußworte für Sachsen-Anhalt organisieren.

5.2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt

Die Vernetzung zu Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt erfolgte durch regelmäßig stattfindende Treffen zwischen den jeweiligen Landesvorständen. Für konkrete Anlässe und Anliegen wurde auch der bilaterale Austausch dazwischen rege genutzt.

In den Landesvorstandssitzungen von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt waren wir unregelmäßig vertreten. Diese sollten in Zukunft häufiger und kritischer begleitet werden.

Mit Laura haben wir seit dem letzten Landesparteitag zudem eine Person im Alter der Grünen Jugend im Bündnisgrünen Landesvorstand.

Auf demselben Landesparteitag haben wir uns sowohl in der allgemeinen Aussprache als auch inhaltlich konkret eingebracht und so die Meinungsbildung innerhalb der Landespartei mit beeinflusst.

Auch den laufenden Prozess der Überarbeitung der Bündnisgrünen Landessatzung haben wir uns eingebracht und empfehlen dem nächsten Vorstand diesen weiter aktiv und aufmerksam zu verfolgen.

5.3 Bündnisgrüne Fraktion Sachsen-Anhalt

In der Vernetzung in die Fraktion wurden im vergangenen Halbjahr neue Kontakte geknüpft und neue Formate ausprobiert. Wir nahmen am Vernetzungsabend der Fraktionsklausur im April teil. Die Sprecher*innen nahmen unregelmäßig an den Fraktionssitzungen teil. Eine regelmäßige Teilnahme ist anstrebenswert, auch um diese im kommenden Jahr aktiver und kritischer zu begleiten. Besserer Austausch könnte z.B. durch Lavo-Fravo-Treffen einmal im Quartal stattfinden.

5.4 Heinrich-Böll-Stiftung

Wir haben unsere Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt im letzten Jahr gut ausgebaut. Es gab Vernetzungstreffen zwischen der Landesgeschäftsstelle der Stiftung und dem Landesvorstand. Daraus entsteht eine langfristige Kooperation mit regelmäßigem Austausch. Im Resultat gab es bereits mehrere gemeinsame Veranstaltungen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt.

5.5 Vernetzung mit anderen Jugendorgas

Die Vernetzung mit den Jusos und der Linksjugend ['solid] war im letzten Halbjahr eher gering. Mit Grußworten der Landesvorstände auf der Herbst-Landesmitgliederversammlung versuchen wir einen ersten Schritt in Richtung Vernetzung und gemeinsame Arbeit.

Die Vernetzung mit Gewerkschaften lief gut - primär haben wir in den vergangenen Monaten mit der ver.di-Jugend und der DGB-Jugend zusammengearbeitet. Über Genug ist Genug wurden gemeinsame Demonstrationen in Halle und Magdeburg organisiert, außerdem verfassten wir gemeinsam mit der DGB-Jugend einen inhaltlichen Antrag zur Verbesserung der Ausbildung.

Grundsätzlich sollte unser Bündnisnetzwerk weiter ausgeweitet werden.

F1NEU

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 05.11.2022)

Titel: **Formalia**

Antragstext

1. Präsidium

Als Mitglieder des Präsidiums werden vorgeschlagen:

- Lina Schmidt, Maarit Franzki, Sarah Einzel, Sebastian Hüller

2. Protokoll

Als Protokollführer*innen werden folgende Menschen vorgeschlagen:

- Niklas Peine

3. Redezeiten wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

- Die allgemeine Redezeit beträgt 3 Minuten. Die Redeliste wird durch das Präsidium geführt. Es gibt keine gesetzten Redebeiträge.

- Für die Einbringung von Anträgen sind 4 Minuten vorgesehen. Abweichend davon sind für die Einbringung und Gegenrede des Rechenschaftsberichts und Leitantrag bis zu 7 Minuten vorgesehen.

4. Verfahren zur Vorstellung der Bewerber*innen

- Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen als Sprecher*innen, den*die Schatzmeister*in sowie Politische Geschäftsführung beträgt 6 Minuten. Im Anschluss können bis zu 6 Fragen gestellt werden, für deren Beantwortung die Bewerber*innen insgesamt 3 Minuten Zeit haben.

- Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen auf den Beisitz im Landesvorstand beträgt 3 Minuten. Im Anschluss können bis zu 4 Fragen gestellt werden, für deren Beantwortung die Bewerber*innen insgesamt 1,5 Minuten Zeit haben.

- Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen auf alle anderen Ämter, Delegierungen und Voten beträgt 3 Minuten. Im Anschluss können bis zu 4 Fragen gestellt werden, für deren Beantwortung die Bewerber*innen insgesamt 1,5 Minuten Zeit haben.

H1neu

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 09.11.2022)

Titel: **Haushaltsplan 2023 NEU**

Antragstext

Haushaltsplan 2023 siehe Grüne Wolke:
https://wolke.netzbegruenung.de/s/XqagS9XRztdtJ98 (NEU: nach Absprache Änderung Zuschuss OG Halle von 400€ auf 500€)

Begründung

erfolgt mündlich

L1modÜNEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Krise? Solidarisch bewältigen! (modifizierte Übernahme von Ä1 bis Ä8)**

Antragstext

Wir stecken im Moment in einer der größten Überlappungen: Klimakrise, Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen rechtskonservativer Kräfte. Pandemie, Fachkräftemangel und Pflegenotstand. Krieg und Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer angeblichen **Polykrise,** denn alles bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen Kapitalismus, der seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren Alltag bestimmt. In diesen Zeiten braucht es ganzheitliche, linke Antworten. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Linke durch interne Konflike und Spaltung nahezu handlungsunfähig.

Viele Menschen wissen nicht, ob sie die nächste Gasrechnung noch bezahlen können, ob sie bald aus der Wohnung geschmissen werden, oder ob sie sich noch den nächsten Einkauf leisten können. Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon jetzt immer mehr Menschen die Lebensgrundlage und Putin führt seinen unmenschlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Wir sind auch inmitten von enorm großen Herausforderungen und müssen jetzt solidarische und gerechte Antworten finden. Solidarisch mit der Ukraine, gerecht und entlastend für alle und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns für sie einzutreten und beizutragen, die gesellschaftliche Linke als ganzes wieder handlungsfähig zu machen.

In Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt nehmen wir dabei eine Sonderrolle ein. Wir leben in einem Bundesland mit extrem hoher Armutsquote - schon vor der Inflation. Bereits 40% aller Deutschen haben keine Ersparnisse mehr. Dabei

müssen wir jedoch beachten, dass das durchschnittliche Vermögen der Westdeutschen (ab 17 Jahren) im Jahr 2017 mit ca. 120.000 Euro mehr als doppelt so hoch wie das der Ostdeutschen mit ca. 55.000 Euro lag. Im Jahr 2017 verfügten die meisten jungen Erwachsenen (18 bis 25 Jahre) sowohl in West- als auch in Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass Menschen aus/in Ostdeutschland, insbesondere angesichts der steigenden Inflationsraten, noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland. Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklung immer mehr Menschen frustriert und die von Rechten gebotenen unterkomplexen Erklärungsmuster und Feindbilder zunehmend Anklang finden.. Sozialpolitische Maßnahmen, wie dieAnhebung des Mindestlohns oder das Bürgergeld sindkaum mehr als ein Inflationsausgleich und fühlen sich wie ein schlechter Witz an. Es braucht Maßnahmen, diefür ein Leben in Würde ausreichen und sowohl kurz- alsauch langfristig existenzen zuverlässig sichern und soziale Ungleichheit abbauen.

Niemand darf im Kalten sitzen!

Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend und sozial ungerecht. Die meisten Entlastungen werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Dabei kommt bei bedürftigen zu wenig an, während Reiche überproportional entlastet werden. Gleichzeitig ist die genaue Umsetzung vieler Maßnahmen intransparent.

Das bedeutet: Die Landesregierung muss endlich Formen der Entlastung an die Teile der Bevölkerung liefen, die sie wirklich brauchen.

Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Azubis, Student*innen, Alleinerziehende und Menschen, die Grundsicherung beziehen, dürfen nicht im Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren.** Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, sicherzustellen, dass niemand in menschenunwürdigen Bedingungen leben muss. Dafür müssen Stadtwerke und andere Energieversorger einen Rettungsschirm erhalten!

Das ist jedoch nur eine kurzfristige Lösung. Um einer Energiekrise auch in Zukunft aus dem Weg zu gehen, müssen wir die **Energieversorgung sichern**! Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden Energiepreise und zerstört gleichzeitig unsere Lebensgrundlage. Der beste Weg, um eine langfristige und nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir brauchen dezentrale Energieversorgung in Bürger*innenhand. Weitere Privatisierung der Energieversorgung aufgrund der aktuellen Krisensituation muss ausgeschlossen werden!

Wohnen als Grundrecht!

Ein Moratorium hilft nicht, wenn man die eigene Wohnung verliert, weil man sie sich nicht mehr leisten kann. Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer höher – Halle ist das neue Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet vielleicht, dass LSA langsam attraktiver wird. Andererseits bedeutet es, besonders im Kontext mit den Teuerungen bei Lebensmitteln, Nebenkosten uvm., dass immer mehr Menschen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Wir fordern, **die Aussetzung von Kündigungen und Zwangsräumungen!** Außerdem müssen die Mieten vorübergehend eingefroren werden.

Rechtsextremen Narrativenentschieden entgegentreten!

Zur Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD ihre Prozente im Vergleich zur letzten Landtagswahl verdoppelt. Von etwa 11% können wir in Sachsen-Anhalt zwar nur träumen, trotzdem können wir diese Entwicklung nicht still akzeptieren und resignieren. Im vergangenen turbulenten Jahr hätten die Grundbedürfnisse der Menschen konsequent priorisiert werden müssen, um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Während der Coronapandemie gelang das nicht immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen durchs Raster, die Erhaltung und der dringend notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur, bspw. der psychischen Gesundheitsversorgung, wurde ignoriert. Die AfD profitiert davon besonders im Zusammenhang mit der Krise, da sie ein Gegenmodell zum Status Quo bietet, das besonders für Menschen, die um ihre Existenz bangen, attraktiv klingt und einfach zu vermitteln ist. Wie Anschlussfähig sie dadurch ist, wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg, Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von Querdenken und vergleichbaren Initiativen mit Verbindungen zur AfD, die sich inzwischen die Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von Putin verstehen, sind bei Weitem mehr Demonstrant*innen als bei linken Protesten, die für echte soziale Entlastungen auf die Straße gehen. Das kann so nicht weitergehen! **Die AfD darf nicht weiter wachsen!**

Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die Bundesinitiative aber auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche Ziele/Forderungen verfolgen. Alleine können wir nicht viel bewirken - nur gemeinsam in Bündnissen können wir uns als Bewegung auf die Straße gehen und für echte soziale Entlastungen kämpfen und dabei den Rechten den Wind aus den Segeln nehmen!

Zudem braucht es in ländlichen Räumen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Bildungsangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Egal ob Jugendparlamente, Vereine oder Kulturangebote - der Unmut über die

Zustände bei jungen Menschen müssen wir in Aktivismus und Beteiligung lenken, anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir Rechtspopulist*innen den Nährboden!

Umverteilung von oben nach unten!

Die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland schon seit Jahrzehnten. Die aktuellen Krisen wirken als Katalysatoren für diese Entwicklung. Während hunderttausende Arbeitnehmer*innen aufgrund der Coronapandemie in Kurzarbeit geschickt wurden und viele Selbstständige Sozialhilfe beantragen mussten, machten Konzerne Rekordgewinne.

Während die Kaufkraft einer großen Mehrheit der Bevölkerung durch die Inflation rapide abnimmt, steigen die Gehälter von Dax-Managern um durchschnittlich 25%. Zwei Familien haben mittlerweile so viel Vermögen, wie 42 Millionen deutsche Zusammen.

Auch diese Entwicklung trägt zu Perspektivlosigkeit und Frustration in großen Teilen der Bevölkerung und damit zum Erstarken rechter und konservativer Kräfte bei. Sie ist ungerecht und keine Gesellschaft kann sie langfristig überstehen. Es ist höchste Zeit sie umzukehren und von oben nach unten unzuverteilen!

Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes in Verbindung mit einer höheren Einkommensgrenze fordern wir die **Einführung einer Vermögenssteuer** auf Vermögen ab 1 Mio € bei natürlichen und 5 Mio € bei juristischen Personen.

Insbesondere hohe Erbschaften perpetuieren sozioökonomische Ungleichheiten. Heute wird so viel vererbt wie noch nie. Gleichzeitig ist die Erbschaftssteuer so leicht zu umgehen, dass vor allem Reiche meist kaum welche zahlen. Es braucht also zusätzlich eine funktionierende und höhere **Erbschaftssteuer**!

Reiche sind die Hauptverursacher der Klimakrise und haben in den vergangenen Krisenjahren besonders von staatlichen Hilfen profitiert. Um als Gesellschaft solidarisch durch die Krise zu kommen und die sozial-ökologische Transformation voranzubringen, müssen sie einen Teil zurückgeben. Daher fordern wir eine Vermögensabgabe für die obersten 1%.

Um soziale Ungerechtigkeit abzubauen, reicht es nicht, nur Reiche zu besteuern. Daher müssen diese Maßnahmen mit höheren Löhnen für die untere Hälfte der Gesellschaft und höheren Sozialhilfen einhergehen.

Arbeitskampf heißt feministischer Kampf!

Wir solidarisieren uns mit **den Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG, GEW und ver.di und unterstützen sie** in den bestehenden und kommenden Arbeitskämpfen. Sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene Tarifverträge, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und krisenfest zu machen. Das bedeutet auch: Höhere Löhne für alle!

In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell systemrelevante Infrastruktur der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte Gesellschaft funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen müssen, dass besonders solche Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen unzumutbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von Frauen, lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird – ob bezahlt oder unbezahlt – deckt dieses System einen weiteren Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismus des kapitalistischen Patriarchats auf. Wir kämpfen gemeinsam für die gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Ameos zu entziehen.

Mobilität als Grundrecht für alle!

Bahnfahren ist im Moment leider zu teuer – es kann sich nicht jede Person leisten, mal einen kleinen Ausflug nach Leipzig oder Potsdam, nach Halle oder Magdeburg zu machen. Was wir brauchen? Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und massive Investitionen in Bus und Bahn! So werden Pendler*innen zielgerichtet entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität. Bund und Land müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten – 49 Euro sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! Insbesondere außerhalb der Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel ist eine öffentlich organisierte Mobilität, die allen offen steht und zum Alltag passt. Egal ob du in Halle oder Havelberg lebst und unabhängig von deinem Geldbeutel!

Nur gemeinsam können wir es schaffen!

Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt sagen: Genug ist genug! In den nächsten Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen, Druck auf die Landesregierung ausüben und für echte Entlastungen auf die Straße gehen.

(1) https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/

S1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 24.10.2022)

Titel: **genderpolitische*r Sprecher*in statt Frauen- und genderpolitische*r Sprecher*in**

Antragstext

Unter § 6 (2) wird „Frauen – und genderpolitische*r Sprecher*in“ durch „genderpolitische*r Sprecher*in“ ersetzt.

Die Änderungen unter § 6 sind folgende:

§ 6 Landesvorstand

(2) Er setzt sich aus acht gleichberechtigten Mitgliedern zusammen: zwei Sprecher*innen, ein*e Schatzmeister*in, ein*e politische*r Geschäftsführer*in und vier Beisitzer*innen. Der*die zuerst gewählte Besitzer*in übernimmt das Amt des*der genderpolitischen Sprecher*in. Gewählt werden können Mitglieder des Landesverbands Sachsen-Anhalt.

Begründung

Der Begriff „gender“ bezieht sich auf das soziale Geschlecht und die daraus entstehenden gesellschaftlichen Geschlechterrollen. Die*der genderpolitische*r Sprecher*in setzt sich für die Belange von Menschen ein, die aufgrund ihres sozialen Geschlechts Diskriminierung erfahren. Dazu zählen zu einem Großteil Frauen aber auch andere Menschen (z.B. nicht-binäre Personen oder trans Männer). Kurze Titel und Amtsbezeichnungen machen unsere Strukturen zugänglicher. Auch deshalb möchten wir die*den zuerst gewählten Beisitzer*in von nun an „genderpolitische*r Sprecher*in“ nennen.

S2

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 28.10.2022)

Titel: **Änderungen zu Finanzen der Ortsgruppen**

Antragstext

Änderung Satzung

§9 Ortsgruppen

3. [neu] Die Ortsgruppen regeln in ihrer Satzung, ob sie selbst finanzautonom agieren oder sich finanziell dem Landesverband eingliedern. Im zweiten Fall bekommen die Ortsgruppen über den Haushaltsplan ein Budget zur eigenverantwortlichen Verwendung, wenn sie dem Landesvorstand ein kurzes Haushaltskonzept vorlegen. Bei der Verteilung des Zuschusses an die Ortsgruppen, wird den Ortsgruppen ein Mitspracherecht eingeräumt, das in der Finanzordnung geregt wird.

Änderung Finanzordnung

§2 Haushalt

(2) [neu] Im Haushaltsplan ist für die einzelnen Ortsgruppen ein Zuschuss eingeplant, wenn diese dem Landesvorstand ein kurzes Haushaltskonzept vorlegen. Vor der Einreichung des Haushaltsplans, findet eine gemeinsamen Finanzbesprechung zwischen Ortsvorstandsmitgliedern, Schatzmeister*in und weiteren Landesvorstandsmitgliedern statt. In dieser wird über die Verteilung des Zuschusses an die Ortsgruppen verhandelt.

Begründung

Mit einem Beschluss des Bundeskongress zur Strukturreform wurde den Ortsgruppen Finanzautonomie eingeräumt. Diese verankern wir hiermit in unserer Satzung. Da die Finanzautonomie mit hohem organisatorischem Aufwand verbunden ist, ermöglichen wir den Ortsgruppen auch in Zukunft sich finanziell in den Landesverband einzugliedern und ein eigenverantwortlich verwaltetes Budget zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Die Höhe des Zuschusses an die Ortsgruppen durch den Landesverband soll in Zukunft an ein kurzes Haushaltskonzept dieser geknüpft werden. In diesem Jahr hat sich gezeigt, dass der im Haushaltsplan des Landesverbands vorgesehene Zuschuss insbesondere für größere Ortsgruppen nicht ausreicht und diese leicht den Überblick über ihre Finanzen verlieren können. Ein vorgelegtes Konzept soll in Zukunft dabei helfen, eine passende Summe vergeben zu können, die sinnvoll eingesetzt wird. Weiterhin hilft es den Ortsgruppen dabei, ihre Finanzen zu strukturieren. Dabei wird natürlich berücksichtigt, dass sich in Ortsgruppen schnell Veränderungen einstellen können.

Die Zuschüsse an die Ortsgruppen betragen ca. 50% der Ausgaben für Bildungsarbeit und Aktionen des Landesverbands. Um dieser Stellung gerecht zu werden, sollen die Ortsgruppen ein Mitspracherecht bei der Verteilung der Zuschüsse bekommen. Dieses wird durch eine Finanzbesprechung umgesetzt, in der gemeinsam über die Verteilung diskutiert wird und möglichst ein Konsens gefunden wird.

S3

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 27.10.2022)

Titel: **Wiederwahlregelung**

Antragstext

§6 Landesvorstand

Der Landesvorstand (LaVo) führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung.

Es soll ergänzt werden:

Der Landesvorstand wird auf der Landesmitgliederversammlung auf ein Jahr gewählt; Wiederwahl ist möglich. Ab einer möglichen Wiederwahl nach **drei Amtsjahren** in Folge im gleichen Amt benötigt der*die Kandidat*in mindestens **2/3** der abgegebenen Stimmen. Ab dem dritten Wahlgang reicht eine einfache Mehrheit.

Begründung

Wir möchten mit euch über eine Wiederwahlregelung debattieren! Dabei finden wir eine strikte Amtszeitbegrenzung in einem strukturschwachen Landesverband wie Sachsen-Anhalt nicht sinnvoll. Mit der Zwei-Drittel-Mehrheit ist Menschen auch nach drei Jahren noch die Möglichkeit gegeben, das gleiche Amt im Landesvorstand fortzuführen. Dafür braucht es jedoch auch starken Rückhalt aus der Basis.
Eine Wiederwahlregelung generell einzuführen, erachten wir als Landesvorstand für sinnvoll. Auch, wenn wir im Moment kein akutes Problem damit haben, kann es sein, dass es in Zukunft auftreten könnte. Um für diesen Moment bereits gewappnet zu sein, stellen wir diesen Satzungsänderungsantrag.

S4

Antrag

Initiator*innen: Niklas Peine (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Beschlüsse und Protokolle in die Grüne Wolke NEU**

Antragstext

Folgender Satzungsänderungsantrag soll als Dringlichkeitsantrag beschlossen werden:

§10 5. wird wie folgt ergänzt:

Protokolle und Beschlüsse von Landesmitgliederversammlungen sind innerhalb von 4 Wochen in der Grünen Wolke mitgliederöffentlich zu hinterlegen.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit und inhaltliche Begründung erfolgen mündlich.